



Fraktion in der
Bezirksversammlung Harburg_

Postanschrift:
Rathaus
Postfach 90 01 53
21041 Hamburg
oder
Julius-Ludowieg-Str. 25
21073 Hamburg
fraktion-harburg@die-linke-hh.de
Sabine Boeddinghaus
Telefon: 0174 / 396 30 38
Klaus Lübberstedt
Telefon: 0178 93 911 73

Hamburg, 21.09.2012

PRESSEMITTEILUNG

Der Jugendhilfeausschuss hat mit den Stimmen der Linken, Grünen, CDU und der Träger gegen die SPD und FDP die Kürzungen zurück gewiesen- ein Etappensieg gegen die unsoziale Kürzungspolitik von Scheele!

Die Harburger SPD beugt sich der unsozialen Haushaltsstrategie ihrer großen Schwester in Hamburg und ist in dem Versuch, die angedrohten und eingehend diskutierten Kürzungen in der Harburger Offenen Kinder – und Jugendarbeit zu beschließen heute kläglich gescheitert.

„Wir freuen uns natürlich sehr über diesen Erfolg, besonders darüber, dass sich die TrägervertreterInnen nicht haben täuschen lassen von einem weder zeitlich noch materiell klar definierten sogenannten Verfügungsfonds,“ sagt Elke Nordbrock, Mitglied für die Fraktion DIE LINKE.

„Die Mehrheit im Jugendhilfeausschuss hat heute in beeindruckender Weise klar Farbe bekannt für die Kinder und Jugendlichen in unserem Bezirk, die ihre Angebote behalten wollen,“ ergänzt Sabine Boeddinghaus..

„Die Abgeordneten der SPD können nicht behaupten, sie wüssten nicht, welche Folgen diese schmerzhaften Einschnitte für die jeweiligen Einrichtungen und ihren Projekte gehabt hätten,“ stellt Sabine Boeddinghaus, Fraktionsvorsitzende der LINKEN und Mitglied im Jugendhilfeausschuss (JHA) fest. Ausführlich haben die Träger im Ausschuss die verheerenden und traurigen Konsequenzen geschildert, die die schmerzlichen Einschnitte für die einzelnen Projekte vor Ort für die Kleinen bedeuten. Die „Kleinen“ sind im Doppelsinn des Wortes zu verstehen, weil es zum einen die Kinder und Jugendlichen trifft und zum anderen die kleinen, feinen Konzepte im Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), die jetzt wegbrechen und in Zukunft bitter fehlen würden.

Der erste Blick auf die Streichliste der Harburger Verwaltung könnte den Eindruck entstehen lassen, es sei ja nicht so schlimm gekommen. Der zweite Blick und vor allem die Besuche bei den betroffenen Einrichtungen zeigen aber sehr eindringlich, dass gerade Posten wie „Mädchenmittel“ oder „präventive Suchtmittel“ für viele Träger ein willkommener Topf waren, um gemeinsame Ferienfahrten, Spielaktionen, Street-Soccer-Turniere o.ä. für die Kinder und Jugendlichen in ihrem Wohnumfeld anbieten zu können.

„Gerade diese Angebote, die sehr gut angenommen werden, sollen doch zukünftig dazu dienen, die so kostenintensiven Hilfen zur Erziehung (HzE) vermeiden zu helfen“, ergänzt Elke Nordbrock, LINKE-Abgeordnete im (JHA). „Was ist das für eine kurzsichtige Politik, die gut funktionierende, kleinteilige und akzeptierte Angebote vor Ort kürzt und sich später darüber beklagt, dass die „teuren“ Hilfen stetig steigen?“ wundert sie sich.

Das gleiche gilt für die Spielhäuser, die Nachmittagsgruppe in Neuenfelde und die Spielplatzgruppe des Treffpunkthauses in Heimfeld: Über Jahre mit viel Einsatz und Mühen der Beteiligten aufgebaute Strukturen, die den Kindern und ihren Eltern Halt in ihrem Alltag

bieten, Angebote zur Lebenshilfe machen und ihnen wichtige Hilfen in jedem Einzelfall aufgrund ihrer sehr guten Vernetzung im jeweiligen Stadtteil vermitteln können, werden auf einen Streich gekappt und die Betroffenen können sehen, wo sie bleiben.

„Das Argument von Behörde und Verwaltung, die Ganztagschulentwicklung würde nun alle wegfallenden Angebote kompensieren, trägt einfach nicht, weil diese Planung gerade erst im Aufbau ist und es zudem fern jeglicher Realität der Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien ist, wenn behauptet wird, die Aufgaben der OKJA und der einer Schule wären deckungsgleich,“so Sabine Boeddinghaus. „Wir haben in den beratenden Sitzungen immer wieder betont, dass eine seriöse, an den Interessen und Bedarfen der Kinder und Jugendlichen orientierten Jugendhilfeplanung in aller Ruhe entwickelt werden muss, ohne Kürzungsdruck- und vorgaben. Fachlich begründete Kürzungen kann es nicht geben, schon mal gar nicht zu Beginn eines so umwälzenden Prozesses wie dem der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Da treffen Welten aufeinander. Diese neuen Formen von Kooperationen müssen inhaltlich, fachlich ausdiskutiert und entwickelt werden. Das braucht Zeit und Raum. Diese Entwicklung wird schlicht kaputt gemacht, wenn nichts geklärt ist, außer alle sollten ihre zur Verfügung stehenden Mittel, die eh traditionell in diesem Bereich immer zu knapp sind, noch weiter drosseln. So wird Jugendhilfeplanung pervertiert und ad absurdum geführt“.

Dass der Rieckhof mit Streichung seiner gesamten Zuwendung aus dem Bezirksjugendplan in große Existenznot geraten würde, ist grob fahrlässig. Immerhin erreichte der Rieckhof in den letzten 3 Jahren im Schnitt über 11.000 junge BesucherInnen mit einem reichhaltigen Angebot von 86 Veranstaltungen. SPD und Verwaltung müssen öffentlich erklären, warum dieses Angebot für Harburg plötzlich entbehrlich ist und die Aussage des Bezirksamtes vom November letzten Jahres in seinem Zuwendungsbescheid offensichtlich keine Geltung mehr hat:“ Das Angebot leistet einen wichtigen Beitrag der kulturellen Bildung und Freizeit für Kinder und Jugendliche/Jungerwachsene im Alter von 6-18 Jahren im Bezirk Harburg.“

DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse ab, weil sie als Instrument zur Begrenzung der Neuverschuldung ausschließlich auf die Ausgabenseite eines öffentlichen Haushaltes wirkt und nicht die ungerechte Steuerpolitik ins Visier nimmt.

Klaus Lübberstedt, stellv. Fraktionsvorsitzender:“Wir brauchen eine andere, eine sozial gerechtere Steuerpolitik. Das heisst eine stärkere Besteuerung der hohen Einkommen, Einführung einer Gemeindefinanzsteuer, höhere Unternehmens- und Vermögenssteuererträge. Die Kürzung von Ausgaben ist hingegen eine unrealistische und unsoziale Politik. Unter dem Diktat der Schuldenbremse bedeutet „politische Gestaltung“ Kürzungen beim Personaletat, im Sozialbereich (hier OKJA) und in den Bezirken. Wer erwartet hätte, dass mit dem SPD-Senat der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft der Kampf angesagt würde, hat sich bitter getäuscht.“

Für Rückfragen:

Sabine Boeddinghaus

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

Mobil: 0174 3963038

E-mail: sboeddinghaus@googlemail.com